Haushaltsplanung 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Haußmann,
sehr geehrter Herr Neubauer,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplan 2009 mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 11,6 Mio. Euro und die Finanzplanung liegt uns vor. Die FWG möchte sich deshalb zunächst bei Ihnen Herr Neubauer und Ihrem Team und der Verwaltung insgesamt für das umfangreiche Zahlenwerk bedanken.

Vorbemerkung

„Eine besondere Situation erfordert besondere Maßnahmen“, so sind aus der Sicht der FWG die Haushaltsberatungen zu betrachten. Beratungen im Rahmen von Klausursitzungen führten zu den nun vorliegenden Ergebnissen.

Die immer neuen Meldungen über Gewerbesteuerzahlungen der örtlichen Betriebe lassen leider befürchten, dass die Planung nur kurze Gültigkeit hat. Ein Plan als Orientierung ist aus unserer Sicht die den täglich ändernden Rahmenbedingungen wichtiger denn je.

Die Meldungen aus Bankenkreisen mit immer höheren Verlusten. Weiter zunehmende Kurzarbeit in den Betrieben, nicht nur im Automobilbereich und die widersprüchlichen Prognosen der wissenschaftlichen Institute über das Wirtschaftswachstum „Deflation oder Inflation“ führen dazu, dass die notwendige Planungssicherheit vollständig verloren geht.

Der Beitrag der Politik lässt aus unserer Sicht hinsichtlich Verlässlichkeit und Orientierung zu wünschen übrig. Die Übernahme von Bürgschaften in unvorstellbarer Milliardenhöhe bei nichtvorhandenem Geld oder die Diskussion, sollen Betriebe unterstützt oder ist der Gang in Insolvenz der richtige Weg, kann nicht zu einem Klima für Investitionen sowohl in den Betrieben als auch im privaten Bereich beitragen. Dies alles führt noch zu mehr Verwirrung.

Die Unsicherheit der Arbeitsplätze bestimmt somit das Verhalten. Als Bürger bekommt man nun den Eindruck, das Konjunkturprogramm II soll alles retten.

Wie wir sehen, bleiben die Wirkungen auf Haushaltssituation der Gemeinde nicht aus.

- Einbruch bei der Gewerbesteuer um mehr als 500 000 Euro
- Rückgang des Anteils an der Einkommensteuer sind die Folge.

Dazu kommt eine erhöhte Umlage an das Land und den Landkreis auf Grund der Berechnungssystematik (Grundlage: das gute Haushaltsjahr 2007).

Dies bedeutet eine besondere Herausforderung für die Verwaltung und aber auch für den Gemeinderat nicht nur für das Jahr 2009, sondern auch für die Folgejahre.

Der Verwaltungshaushalt ist nur mit der Zuführung aus der Rücklage in Höhe von rd. 343 000 Euro ausgeglichen. Um überhaupt dieses Defizit zu erreichen, mussten Ausgaben in Höhe von 438 000 Euro eingespart und Mehreinnahmen von rd. 80 000 Euro durch Gebühren und Steuereinnahmen festgelegt werden.

Bei der Beratung des Haushalts ließ sich die FWG von folgendem Grundsatz leiten.

1. Sparen
2. Erhöhung von Gebühren und Steuern
3. Überprüfung, welche strukturelle Änderungen sind mittel- und langfristig notwendig, um die Aufgaben der Gemeinde unter Bildung entsprechender Rücklagen erfüllen zu können.

Sparen:

Sparsen heißt in unserem Fall für 2009 nicht nur eine direkte Verringerung einzelner Ausgabenpositionen von z. B. Personalausgaben oder Aufwendungen zur Landschaftspflege bis zum Zuschuss für die Feuerwehr, sondern auch ein Verschieben von z. B. notwendigen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden oder Feldwegeunterhaltung. Der dadurch eingesparte Betrag von rd. 438 000 Euro wird von uns mitgetragen.

Erhöhung von Gebühren und Steuern:

Die Sorgen von Bürgern bzw. Familien, die von Kurzarbeit betroffen sind oder ihren Arbeitsplatz verloren haben, werden von uns gesehen und ernst genommen. Es ging uns deshalb insbesondere darum, bei einer unumgänglichen Gebühren- und Steuererhöhung eine ausgewogene Belastung der einzelnen Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Die Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Punkte bringt eine Belastung um rd. 46 000 Euro bzw. 14 Euro für ein Einfamilienhaus.

Die Anhebung des Wasserzins um 15 Cent m³ auf 1,75 Euro/m³ führt zu zusätzlichen Kosten für die Wasserverbraucher rd. 35 000 Euro.

Im Kindergartenbereich liegt z.Zt. der Kostendeckungsgrad bei 14,28 %. Nach Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände sollte ein Kostendeckungsgrad von 21 % angestrebt werden. Die Erhöhung der Gebühren führt 2009 zu einem Anstieg um 1 % (= 15,29 %). In etwa gleichem Umfang wirkt sich die Gebührenerhöhung 2010 aus. Der Zuschussbedarf für die beiden Kindergärten liegt dann immer noch bei rd. 720 000 Euro. Die Erhöhung der Grundsteuer und die Anhebung der Gebühren wird von der FWG in Anbetracht der Haushaltslage der Gemeinde wie vorgesehen mitgetragen.

In der Summe der verschiedenen Einzelmaßnahmen bedeutet dies, dass das vorliegende Ergebnis sich zu 80 % durch Einsparungsmaßnahmen und zu 20 % durch Gebühren- und Steuererhöhungen erreicht wurde. Für die Unterstützung, dieses Ergebnis zu erreichen, möchten wir uns bei allen Mitarbeitern der Verwaltung bedanken.

Überprüfung struktureller Veränderungen:

Vom drastischen Einbruch der Gewerbesteuer in diesem Ausmaß wurden wir überrascht. Die Bildung von Rücklagen war nicht mehr möglich. Nach Aussage der Experten war die Finanz- und Wirtschaftskrise in diesem Umfang nicht vorhersehbar. Um in besseren Jahren Rücklagen bilden zu können und nicht in die gleiche Situation zu geraten, halten wir es für angebracht, dass folgende Fragen von der Verwaltung geprüft werden:

1. Struktur einer zukunftsorientierten Bücherei und entsprechende Kosten – möglich – was kostet es – noch Aufgabe einer Kommune.
2. Sozialverträgliche Kostenbeteiligung bei Benutzung der Sporthalle – Vereine, die Kosten für eigenes Vereinsheim tragen, berücksichtigen.
3. Hallenbad – weitere Möglichkeiten einer Verminderung des Zuschussbedarfs.

Bei einer Langzeitbetrachtung ist aus unserer Sicht im Dialog mit den Bürgern auch die Frage des Ausbaustandards besonders bei Bauvorhaben zu diskutieren. Kosten unterschiedlichere Varianten einfügen.

Besonders dringende Vorhaben wie die Kanalsanierung auf dem Guckenrain wurde durch die nochmalige Kanalbefahrung zeitlich verschoben, jedoch ist mittelfristig anzugehen. Auch die Sanierung von Ortsstraßen oder der Bau eines Bildungshauses werden Themen der nächsten Jahre sein.

Nun noch einige Aussagen zu einzelnen Ansätzen im Haushaltsplan.

Verwaltungshaushalt:

Die Situation im Verwaltungshaushalt wird insbesondere geprägt durch äußere Einflüsse:

Gewerbesteuer: Rückgang: rd. 500 000 Euro.

Anteil an der Einkommensteuer: Wenigereinnahmen: 100 000 Euro.

Finanzzuweisungen **vom** Land: Rückgang: fast 200 000 Euro.

Kreisumlage: Mehrausgaben 200 000 Euro.

Finanzzuweisungen an **das** Land: Mehrausgaben: 200 000 Euro.

Hier wird offensichtlich, dass diese Verschiebungen nicht innerhalb des Verwaltungshaushalts aufgefangen werden können, sondern nur durch einen Griff in die Rücklage aufgefangen werden können.

Auf die einzelnen Ansätze möchte ich heute nicht eingehen. An dieser Stelle möchte ich mich jedoch bei allen Mitarbeitern der Gemeinde für die gute Arbeit und die Bereitschaft, den Sparkurs mitzutragen, bedanken.

Vermögenshaushalt:

Das Verhalten der Gemeinde bei Investitionen wird 2009 aus Sicht der FWG insbesondere dadurch geprägt, in welchem Umfang Mittel aus dem **Konjunkturprogramm II** zur Verfügung stehen und in welchem Umfang eine Kostenbeteiligung der Gemeinde gefordert wird. Wir hoffen, dass hier bald Klarheit herrscht. Eine Kostenbeteiligung ist nur über eine Entnahme aus der Rücklage bzw. Aufnahme von Kredite in beschränktem Umfang möglich. Wir halten deshalb eine kritische Einzelprüfung auf die Notwendigkeit der Bauvorhaben zum jetzigen Zeitpunkt für notwendig. Zuschüsse des Landes dürfen nicht das einzige Kriterium für eine Realisierung sein. Die Sanierung des Bahnhofplatzes ist schon seit Jahren ein Anliegen der FWG. Eine Umsetzung 2009 erscheint auch bei positiver Entscheidung des Aufstockungsantrages der Gemeinde beim Land nicht wahrscheinlich, denn der finanzielle Beitrag aus dem Haushalt liegt immer noch über 500 000 Euro. Wir halten es trotzdem für richtig, die Baumaßnahme in den Haushaltsplan aufzunehmen, um im Laufe des Jahres darüber entscheiden zu können.

Eine grundlegende Sanierung des **Kunstrasenplatzes** ist auch aus unserer Sicht notwendig, im Augenblick jedoch nicht umsetzbar. Ausbesserungsarbeiten mit Kosten in Höhe von 20 000 Euro sollten deshalb durchgeführt werden.

Bauvorhaben, wie die Friedhofserweiterung mit einem Kostenansatz von 250 000 Euro im Jahr 2009, Sanierung der Ortskanalisation mit einem Planansatz von 200 000 Euro oder weitere kleinere Maßnahmen werden von uns wie geplant mitgetragen.

Wir wünschen uns, dass wir 2009 die Talsohle durchschreiten und die Haushaltslage die Gemeinde in den kommenden Jahren wieder den Aufgaben angepasst ist.

(Es gilt das gesprochene Wort.)